



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Arbeiterfeindliche Tendenzen. (III.) — General-Versammlung der Lithographen und Steinbrüder. — Feuilleton: Wohnungsfürsorge und Arbeiterschaft. (III.) — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeige.

**Beilage:** Die sächsische Gewerbeinspektion im Jahre 1912. — Korrespondenzen (Dresden, Gautag der Gaue IV und IVa, Stuttgart, Wiesbaden).

Für die Woche vom 31. August bis 6. September 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 36 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Zur besonderen Beachtung!

An zugereiste oder durchreisende Personen, die sich mit Mitgliedsbüchern, welche in Braunschweig ausgestellt sind, legitimieren, darf keinerlei Unterstützung gezahlt werden.

Ferner ersuchen wir unsere Zahlstellenleitungen sowie die Organisationen des Auslandes, den eventuell bekannt werdenden Aufenthalt des früheren Mitgliedes Fritz Pieper, Buchnummer 18 078, ausgestellt am 19. September 1909 in Braunschweig, unverzüglich dem Verbandsvorstand zu melden.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegen Adressenkarten bei, um deren sofortige Einsendung wir ersuchen.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Paula Thiede, Vorsitzende.

## Arbeiterfeindliche Tendenzen.

III.

Das ganze wirtschaftsfriedliche System, das von den Scharfmachern künstlich aufgepöppelt und von den Behörden und Regierungen liebevoll unterfüttert wird, läuft darauf hinaus, die arbeitenden Klassen um eine größere Anteilnahme am Arbeitsertrage und an den Lebensgütern zu betrügen. Wollten die Unternehmer wirklich etwas für die Arbeiter tun und sich friedlich mit den Arbeitern auseinandersetzen, so wäre ihnen durch die Betätigung des Verhandlungsprinzips auf dem Boden des kollektiven Arbeitsvertrages reichlich dazu Gelegenheit gegeben. Aber davon wollen die Unternehmer nichts wissen. Denn das hieße, die Rechte und Ansprüche der Arbeiter anerkennen. Das darf nicht sein, das wollen die Unternehmer um jeden Preis verhindern wissen. Sie stellen sich auf den brutalen Machtpunkt als die „Herren im Hause“. Alle auf die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen gerichteten Bestrebungen werden als der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zuwiderlaufend abgetan, ja,

die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter werden sogar als expresseriße und anmaßende Bestrebungen hingestellt versucht, die mit allen Mitteln der Verleumdung und Gewalt unterdrückt werden sollen. So werden auch die auf Errichtung eines zentralen Einigungsamtes gerichteten Bestrebungen von den Scharfmachern energisch bekämpft. Die alten, längst abgedroschenen Tiraden von der Unterbindung des industriellen und wirtschaftlichen Fortschrittes, von der Lahmlegung des Unternehmungsgewisses und der Konkurrenzfähigkeit werden wieder aufgetischt. Die Scharfmacher wollen von einer weiteren „Verschlechterung“ ihrer Position zugunsten der Arbeiter eben nichts mehr wissen. Als daher vor Jahresfrist der Berliner Magistratsrat Wöbbling in einer Broschüre den Vorschlag auf Schaffung eines Reichseinigungsamtes erneuerte, da erhob sich der Protekt der Scharfmacher, und die „Kreuzzeitung“ schrieb dazu unter anderem folgende Sätze:

„Die Arbeitgeberverbände suchen den Kampf mit ihren Arbeitern zu vermeiden (?), die Arbeiterverbände suchen ihn herbeizuführen oder mit ihm zu drohen, um günstigere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Dabei haben sie solche Kämpfe gar nicht nötig, um ihre Lage fortschreitend zu verbessern. Sagt doch Wöbbling zu der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber gegenüber den Einigungsämtern selbst: „Dabei wird aber vergessen, daß die Löhne an sich seit mehr als einem Menschenalter eine aufsteigende Tendenz haben, und daß die Arbeiter infolgedessen auch vor Einrichtung unseres Einigungsamtes Lohnsteigerungen erzielt haben.“ Wenn denn nun unbestritten so ist, wenn daneben notorisch auch die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben erheblich verkürzt, die Stellung der Arbeiter in jeder Beziehung (?) stark gehoben worden ist, weshalb noch immer neue gesetzliche Einrichtungen zum Besten der Erwerbsverhältnisse der Arbeiter? Weshalb noch immer mehr Kerner, Gewerbe- und Schiedsgerichte, die alle auf eine unbillige Bevorzugung der Arbeiter hinausgehen und die Stellung des Unternehmers verschlechtern?“

Ist es denn wahr, daß durch die Erfüllung der bescheidenen und berechtigten Arbeiterforderungen, daß durch das Tarifvertragswesen und durch die Einigungsämter die Stellung des Unternehmers verschlechtert wird? Ist die wirtschaftliche Stellung der Unternehmer wirklich so unangenehm schlecht bestellt, daß durch Bewilligung von ein paar Pfennigen Stundenlohnzuschlag die Existenz der Unternehmer zerbrochen wird? Das ist ganz gewiß nicht wahr, denn die Arbeiter und Arbeiterinnen haben „schon vor Einrichtung unseres Einigungsamtes Lohnsteigerungen erzielt“, worauf ja die „Kreuzzeitung“ selbst ausdrücklich verweist. Die Unternehmer müßten demnach, wollte man der scharfmacherischen und arbeiterfeindlichen Darstellung folgen, längst aller Existenzmöglichkeit beraubt worden sein — wahr ist aber, daß trotz Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung, trotz Tarifvertrags- und Einigungsamtes der Aufschwung des industriellen und wirtschaftlichen

Lebens ungeahnte Bahnen eingeschlagen, daß die Konzentration des Kapitals ungeheure Fortschritte gemacht hat. Es ist aber unsagbar kläglich, gegenüber den berechtigten Forderungen der arbeitenden Klassen gleich von dem Untergang des Gewerbes und von dem Ruin der Unternehmer zu sprechen. Damit wird doch nicht mehr und nicht weniger gesagt als: wir Kapitalisten und Unternehmer sind nicht gewillt, etwas von unserem Profit abzugeben, wir wollen auch nicht das geringste von unseren Genüssen und unseren Passionen ablassen! Aber noch etwas anderes wird durch diese Darstellung der Scharfmacher und Arbeiterfeinde ausgesprochen und zugegeben, daß nämlich der Wohlstand und das Wohlleben der besitzenden Klassen sich aufbaut auf der Not und der unsozialen Lage der arbeitenden Klassen!

Und an dieser „Ordnung“ soll nichts geändert werden! In dem blinden Eifer aber, mit dem die arbeiterfeindlichen und staatsfeindlichen Bestrebungen betrieben werden, paßiert es nur zu oft, daß sich die Vorführer der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den tollsten Widersprüchen bewegen. Die „Kreuzzeitung“ glaubt, den sozialen Vorschlag eines Einigungsamtes, den Wöbbling erneuert hatte, mit Wöbblings eigenen Worten entkräften zu können: wenn die Arbeiter schon vor Einrichtung unseres Einigungsamtes Lohnsteigerungen erzielt haben, weshalb dann noch immer neue gesetzliche Bestimmungen zum Besten der Erwerbsverhältnisse der Arbeiter?, so fragt mit entrüstetem Erstaunen die drabe „Kreuzzeitung“. Aber Wöbbling hatte ausdrücklich hervorgehoben, daß die Arbeiter ihre Lohnsteigerungen auch vor Einrichtung unseres Einigungsamtes erzielt, um damit zu zeigen, daß die reaktionären Bemühungen, durch Erschwerung des Verhandlungs- und Einigungsamtes der Hebung der sozialen Lage der Arbeiter erhebliche Hindernisse zu bereiten, nutzlos sind. Wöbblings Worte sind doch wohl als eine Mahnung an die Widersacher zu verstehen: es gelingt doch, trotz allem euren reaktionären Widerstand gegen Verhandlungsprinzip und Einigungsamtes, durch die Organisation ihre Lage zu verbessern, deshalb geht euren unnützen Widerstand auf! Die „Kreuzzeitung“ aber nicht diese Worte im reaktionären Interesse aus: weil die Arbeiter Lohnsteigerungen erzielt haben und ihre Stellung in jeder Beziehung gehoben wurde, deshalb dürfen diese sozialen Bestrebungen weder vom Bürgertum noch von den Regierungen unterfüttert werden! Sollte aber der Staat die Hebung der Lage der Arbeiter nun nicht erst recht zu fördern suchen, nachdem die Arbeiter bewiesen haben, daß eine Hebung ihrer Lage durchaus möglich ist? Aber das würde ja eine Verschlechterung der Stellung des Unternehmers bedeuten! Mit diesem Angstur begegnen die Vorführer der kapitalistischen Interessen allen sozialen Reformbestrebungen. Sie wollen, daß der kapitalistische Konkurrenzkampf auch weiterhin auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter ausgefochten wird. Deshalb weist ja auch die „Kreuzzeitung“ auf die Lohn-

steigerungen hin, deshalb aber auch übersteht sie dabei die Tatsache, daß die Arbeiter die Lohnsteigerungen und sozialen Fortschritte selbst erzielt haben, erzielt haben durch die Organisation. Diese Selbsthilfe der Arbeiter übersteht die „Kreuzzeitung“ in dem Augenblick, in dem sie dazu übergeht, mit dem Resultat der proletarischen Selbsthilfe gegen jeden weiteren sozialen und sozialpolitischen Fortschritt zu agitieren! Sonst aber heißt es von der Seite der Scharfmacher und Arbeiterfeinde immer, daß die Organisationen die Arbeiter bloß irreleiten, mit Unzufriedenheit und Klassenhaß erfüllen, ohne aber den Arbeitern den erhofften und verheißenen Erfolg zu bringen, während nur die Führer einen Nutzen hätten! Zu diesen hinterhältigen und durchsichtigen Zwecken erfand man das Wort von den Führern, die sich von den Arbeitergroßen mäßen. Doch die ganze großartige Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung hat den scharfmacherischen Heuchlern und Verleumdern bewiesen, daß ihr nichtswürdiges Treiben zu durchsichtig ist, um von den Massen der arbeitenden Bevölkerung ernst genommen zu werden. Mit um so größerem Eifer versuchen sie, die bürgerliche Gesellschaft und die Organe des Klassenstaates mit ihrer Darstellung der Dinge für sich einzunehmen und gegen die Selbsthilfe der Arbeiter, sowie gegen soziale Reformbestrebungen aufzubringen.

Die Scharfmacher mögen ruhig sein: die klassenstaatlichen Behörden und Regierungen sind allezeit bemüht gewesen, arbeiterfeindliche Tendenzen zu fördern, um ja keine Verschlechterung der Unternehmerstellung eintreten zu lassen. So werden immer noch die Arbeitswilligen und berufsmäßigen Streikbrecher, die den Grundhaß der kapitalistischen Herrenmenschen anerkennen: Knecht soll auch Knecht bleiben, mit besonderer Sorgfalt behandelt und als die nützlichsten Elemente der kapitalistischen Gesellschaft angesehen. Immer noch werden die sogenannten wirtschaftsfreudlichen Bestrebungen und die gelben und nationalen Arbeitervereine gefördert, obwohl damit die Arbeiter um ihr Koalitions- und Mitbestimmungsrecht betrogen werden, obwohl ihnen damit die Zugänge zu den Lebensgütern verwehrt werden sollen. Immer noch wird einer energischen Weiterführung der Sozialpolitik der denkbar größte Widerstand entgegengesetzt. Diese Förderung arbeiterfeindlicher Tendenzen entspricht es auch, daß sich die sächsische Regierung mit einer Umfrage an die Gewerbetamern richten konnte,

die feststellen sollte, ob die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe die freien Gewerkschaften fördere und ob damit die Unternehmer nicht in eine schwierige Lage geraten könnten. Die Regierungen des kapitalistischen Staates, die sich die Förderung der gelben und „vaterländischen“ Vereine angelegen sein lassen, können es einfach nicht begreifen, daß sich ein Gewerbe glänzend entwickeln und daß ein gedeihliches Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern bestehen kann, wenn eine Tarifgemeinschaft auf dem Boden der Gleichberechtigung von Organisation zu Organisation Geltung hat.

Die Entwicklung aber wird es den Arbeiterfeinden zeigen, daß die Selbsthilfe der Arbeiter durch keinerlei arbeiterfeindliche Tendenzen zu nichte gemacht werden kann.

## General-Versammlung der Lithographen und Steindrucker.

Vom 10. bis 16. August tagte in Stuttgart die Generalversammlung der Lithographen und Steindrucker, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe wurden durch einen Vortrag des Gauleiters Herbst-Weipzig geschilbert und durch eine Druckmaschinen-Ausstellung aus alter und neuester Zeit wirksam unterstützt. Der Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes, des Zentralausschusses, der Redaktion und der Pressekommision wurde nach 1½ tägiger Debatte durch Dechargerteilung (gegen zwei Stimmen) erledigt. Beim Punkt Lohnbewegungen, an dem wir lebhaft interessiert waren, schilderte unsere Vertreterin, Kollegin Thiede, die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden und empfahl, daß eine andere Form in der vorherigen Verhandlung unbedingt geschaffen werde, da es für beide Teile schädlich ist, wenn so gehandelt wird wie 1911. Der Vortrag und die Debatte über die Lohnbewegung wurde in geschlossener Sitzung erledigt. Es wurde als Ergebnis folgender Passus für das Statut und eine ergänzende Resolution angenommen:

Dem Statut ist folgende Bestimmung über die Gauleiterkonferenzen aus neuer § 46 einzufügen: 1. Nach Bedarf, mindestens aber jährlich, findet eine gemeinschaftliche Konferenz der Gauleiter des Verbandes statt, auf der auch der Hauptvorstand, der Zentralausschuß und die

Redaktion der „Graphischen Presse“ vertreten sein müssen. 2. Die Gauleiterkonferenzen sind vom Hauptvorstand einzuberufen unter gleichzeitiger Mitteilung der zur Beratung stehenden Punkte. 3. Eine außerordentliche Gauleiterkonferenz hat stattzufinden, wenn diese von mindestens vier Gauvorständen beantragt wird.

Dieser Beschluß wurde durch folgende Resolution ergänzt:

Sind bei großen Lohnbewegungen außerordentlich wichtige Entscheidungen zu treffen, so hat der Hauptvorstand und der Zentralausschuß eventuell eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, bei der 500 Mitglieder einen Delegierten wählen. Außer den Delegierten sind Mitglieder des Hauptvorstandes, Vertreter des Zentralausschusses, die Gauleiter und der Redakteur Teilnehmer dieser Generalversammlung.

Ein direkter Vorschlag, wie in Zukunft die gemeinsame Verständigung erfolgen soll, wurde nicht gemacht, es soll das den Vorständen überlassen werden. Beschlossen wurde noch, einen unparteiischen Protokollführer bei allen Verhandlungen mit den Prinzipalen zu verlangen.

Zum Punkt 5: Gründung eines graphischen Industrieverbandes wurde ein Referat von Bratke-Hannover und ein Korreferat von Bauhnacht-Wöln gehalten. In der Debatte hierüber, an der sich der Hauptvorstand nicht beteiligte, hatte sich unsere Vertreterin und der Vertreter der Buchdrucker gegen unberechtigte Vorwürfe energisch zu verwahren. Dieser Punkt fand durch Annahme folgender Resolution seine Erledigung:

Das Streben des kapitalistischen Unternehmertums geht in neuester Zeit dahin, durch einen immer engeren und festeren Zusammenschluß seiner Organisationen seine Macht der organisierten Arbeiterschaft gegenüber gewaltig zu steigern und das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verschieben. Diese, für die Gewerkschaften so ungünstige Verschiebung ihres Machtverhältnisses zu den Unternehmerverbänden kann nur dadurch wieder ausgeglichen werden, daß es die Arbeiterschaft dem Unternehmertum gleichstellt und ihre einzelnen Berufsorganisationen ebenfalls zu machtvollen Industrieverbänden zusammenschließt. In Erkenntnis dieser Sachlage erwartet die Generalversammlung, daß mit dem Aufgebot aller Kräfte für einen Zusammenschluß der verschiedenen Verbände zu einem graphischen Bunde gewirkt wird.

## Wohnungsfürsorge und Arbeiterschaft.

Von H. Sodahl.

### III.

Eine Gartenstadt befindet sich in Herstal, einem Lütticher Vorort, mit 2500 Einwohnern und 4500 Häusern, von denen rund 1000 im Besitz von Arbeitern sind. Der Preis für ein solches im Garten gelegenes Haus beträgt 7500 Fr., doch fehlt Kanalisation und Wasserleitung.

Auch in Köln-Sülz und in Köln-Nippes befinden sich je eine Baugenossenschaft, die Einfamilienhäuser zum Erwerb errichten. Die in Köln-Nippes befindliche Genossenschaft zählt hauptsächlich Eisenbahn-Arbeiter zu ihren Mitgliedern. Auch diese Häuser sind zum Vermieten eingerichtet und die Erwerber benutzen sie auch hier und da zu gewerblichen Zwecken. Bezeichnend für den Gemeinfinn dieser Hausbesitzer ist der Umstand, daß sich die Genossenschaft gezwungen sah, in die Verträge eine Bestimmung aufzunehmen, nach der bei Abvermietung der Mietpreis niemals höher als 3 Mk. über die Hälfte der vom Erwerber an die Genossenschaft zu zahlende Abgabe betragen darf.

Eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, die aber nur Etagenhäuser-Mietwohnungen baut, ist in Lachen zu finden. Hier sind zum Teil und ganz besonders in Burscheid noch Straßen anzutreffen, die mittelalterlich anmuten. Häuser, von denen man glaubt, daß sie sehr bald zusammenzufallen werden, erblickt man vielfach. Beim Betreten dieser Häuser gelangt man durch einen schmalen

finsternen Gang nach einem engen Hof, und von dort aus ebenso weiter nach einem zweiten und dritten Hof. Eine schmale Wendeltreppe, deren Geländer ein herabhängender Strich vertritt, führt in die oberen Stockwerke, es überläuft einem kalt bei dem Gedanken, daß Arbeiter hier ihr Leben verbringen müssen. Es war deshalb ein verdienstvolles Werk der Aktienbau-Gesellschaft, daß sie eine Anzahl nach hygienischen Grundsätzen gebaute Wohnhäuser errichtete. Sie baut Etagenhäuser mit 3 bis 6 Zimmerwohnungen, die zum Preise von 16,50 Mk. bis 22,40 Mk. an Arbeiterfamilien vermietet werden. Bedingung ist dabei, daß jede Familie mindestens 3 Kinder besitzt.

Die meisten dieser gemeinnützigen Baugesellschaften wollen dem Arbeiter das Wohnen im eigenen Hause ermöglichen. Doch so verlockend der Gedanke für die Arbeiterschaft erscheint, so muß man doch berücksichtigen, daß der Erwerb eines Eigenhauses für den Arbeiter sein Leben lang eine schwere Last bedeutet, hat er doch neben der Miete ständig an der Amortisation abzugahlen, und was geschieht, wenn er durch wirtschaftliche Unglücksfälle zahlungsunfähig wird? Dann wird ihm meist das Haus wieder abgenommen werden und wahrscheinlich wird er seine Einzahlung ganz oder zum Teil einbüßen. Erlebt er es aber, in alten Tagen das Haus vollständig als schuldenfreies Eigentum sein nennen zu können, dann wird mit ihm wahrscheinlich auch das Haus so alt geworden sein, daß es ebenso konförmig ist wie sein Besitzer. Aber selbst der glänzendste Fall angenommen, muß man sich doch fragen, welche Motive diese Baugesellschaften zu ihrem an Wohltätigkeit grenzenden Tun der Arbeiterschaft gegenüber treibt und da spricht sich

die Ulmer Stadtverwaltung in einer Vorlage zur Schaffung von Eigenhäusern an die Stadtvertretung recht offen aus; es heißt in der Vorlage:

„Es genüge nicht, für gute und gesunde Wohnungen überhaupt zu sorgen, sondern es müsse bei dieser Fürsorge sorgfältig erwogen werden, wie aus ihr eine Befriedigung berechtigter sozialer Forderungen und ein Damm gegen unfruchtliche Bestrebungen erwachsen könne. Eines der wirksamsten Mittel zur Befriedigung mit der heutigen Gesellschaftsordnung, die kräftigste Verbindung des Lohnarbeiters mit der übrigen bürgerlichen Gesellschaft, sei zweifellos der Besitz, das Eigentum einer, wenn auch nur kleinen Behausung.“

Und der Königl. Baurat Albert Weiß schreibt in seinem Buche:

„Können die in den heutigen großstädtischen Wohnungsverhältnissen liegenden Mängel und Schäden behoben werden?“

Ein Arbeiter in der Mietkaserne oder auch im Mietzeughaus ist täglich zu neuer Wandererschaft bereit, keinerlei Bindungen liegen vor. Ist ein Eigenhaus vorhanden, dann spielen die Pflichten, die sich ein Besitz mit sich bringt, stets eine große Rolle. Ein Verlieren der Arbeit an der Wohnstätte bringt vielfach den Verlust des Besitzes, der Zukunftsstätte für das Alter und der Zukunft der Kinder mit sich. Diesen Verlust zu vermeiden, zwingt den Arbeiter, mit seinem Arbeitgeber zu partizipieren. Die Sorgen, die ein kleiner Besitz mit sich bringt, lenkt den Arbeiter auch überdies auf die größeren Sorgen des Arbeitgebers hin und hält den Arbeiter schon aus

Der Verband der Lithographen, Stein-drucker und verwandten Berufe hat mit den übrigen graphischen Verbänden eine Verständigung über die Verschmelzung sämtlicher graphischer Verbände zu einem gemeinsamen Verband herbeizuführen. Durch die Generalversammlung wird der Hauptvorstand beauftragt, mit den übrigen Verbänden der graphischen Berufe eine Verständigung über die Gründung eines graphischen Industrieverbandes herbeizuführen.

Die Stuttgarter Generalversammlung erklärt, daß sie nach wie vor die Gründung eines graphischen Industrieverbandes für notwendig hält. Sie beauftragt den Hauptvorstand, in diesem Sinne tätig zu sein, insbesondere empfiehlt sie ihm die Beachtung des Absatzes II der Hamburger Resolution.

Der Abschluß des Chemigraphentarifes verursachte eine sehr lebhafte Debatte weil einige Bestimmungen auch die Interessen anderer Berufsgruppen, die dabei nicht mitwirken konnten, betreffen. Folgende Resolution soll für künftige Abschlüsse ähnlicher Art bestimmend sein, sie wurde durch die Abmachungen über Offset- und Tiefdruck veranlaßt.

Werden durch Tarifabschlüsse die Verhältnisse mehrerer Sparten des Verbandes berührt, so ist vorherige Uebereinstimmung unter den in Frage kommenden Sparten durch den Hauptvorstand herbeizuführen. In Ermangelung einer Uebereinstimmung muß sich die abschließende Sparte auf ihre eigenen Angelegenheiten beschränken, wenn nicht die Generalversammlung zuvor dazu Stellung genommen hat. Die Generalversammlung beschließt die Bildung einer Zentralkommission für die im Tiefdruck beschäftigten Kollegen mit dem Sitz in Berlin.

Auf ein Telegramm einer Berliner Chemigraphenversammlung, die den Tarif nicht anerkennen und annehmen wollte, wurde einstimmig von der Generalversammlung erklärt, daß die durch gewählte und bevollmächtigte Vertreter abgeschlossenen Tarife bindend und gültig sind und von der Kollegenchaft anerkannt und eingehalten werden müssen.

Ueber das Lehrlingswesen und die Lehrlingsorganisation wurde ein Vortrag gehalten und eine Resolution stellte die Richtlinien auf, nach welcher in Zukunft dieses schwierige aber auch wichtige Gebiet bearbeitet werden soll.

Vernunftgründen von den extremen Forderungen der Umsturzpartei fern."

Solche Ausführungen sind wirklich deutlich, aber ganz und gar nicht geeignet, dem Arbeiter den Besitz eines Häuschens schmachtlicher zu machen. Es ist immer das alte Lied, die Angst vor selbständigen Regungen in der Arbeiterschaft veranlaßt die Besitzenden zu Reformen, aber wenn es irgend möglich ist, sollen diese Reformen so beschaffen sein, daß der Arbeiter dadurch in Pesseln gelegt wird. Dieser hat das freilich längst begriffen und deshalb konnten die auf dem Boden des gemeinsamen Eigentums stehenden Baugenossenschaften sich außerordentlich gut entwickeln, denn nur durch den Zusammenschluß größerer Massen, die gemeinsam am Gelingen des Werkes arbeiten, kann eine Sache groß und vorteilhaft für die Beteiligten werden. Keine Arbeiterbaugenossenschaften existieren allerdings nur vereinzelt, trotzdem aber ist von allen wohl nur der Gutes geleistet worden. So finden wir, daß der Dortmunder Spar- und Bauverein bereits 178 Häuser mit 1304 Wohnungen fertiggestellt hat. Die Mieten sind durchweg niedriger als sonst in Privathäusern; sie stellen sich bei einer Wohnung von

2	Räumen auf 165 M. gegen 192 M. in Privathäusern
3	" " 241 " " 286 " " "
4	" " 284 " " 425 " " "
5	" " 388 " " 648 " " "

Nieht man dabei in Betracht, daß diese Häuser unter größtmöglicher Berücksichtigung der hygienischen Anforderungen geschaffen sind, so dürfte damit die bedeutende Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Bauweise bewiesen sein.

Den Standpunkt zur „Volkssfürsorge“ präziserte die Generalversammlung nach einer Einleitung durch H. Müller durch die Annahme folgender Resolution:

Die Generalversammlung begrüßt die Gründung der „Volkssfürsorge“ als das geeignetste Mittel, die Volksversicherung umzugestalten derart, daß sie aus einem Objekt kapitalistischer Profitmacherei zu einer Einrichtung für die Versicherten wird. Die Generalversammlung hält es sowohl aus diesem als auch aus dem anderen Grunde, daß die „Volkssfürsorge“ eine gemeinsame Einrichtung der Gewerkschaften und der Genossenschaften ist, für richtig, daß der Verwaltungsapparat des Verbandes in weitestgehendem Maße dem neuen Unternehmen zur Verfügung steht, wie sie es andererseits für das einzig richtige hält, daß die Mitglieder des Verbandes sich bei Abschluß eines Versicherungsvertrages der „Volkssfürsorge“ bedienen.

Die sehr zahlreichen Anträge zum Klassen- bzw. Staffelleibtrag und die Anträge auf Erhöhung der Leistungen usw. wurden auf Antrag der Statutenberatungskommission abgelehnt. Alle Angestellten im Verbandsvorstand wurden wiedergewählt, als zweiter Vorsitzender wurde neu hinzugewählt der bisherige Berliner Vorsitzende Haf. Eine weitere Anstellung zur Führung der Kartothek im Hauptbureau soll durch Ausschreibung vorgenommen werden. Die Gehälter der Angestellten wurden den Steuerungsverhältnissen entsprechend dahin abgeändert, daß das Anfangsgehalt der Angestellten im Hauptbureau 2400 M. beträgt, jährlich steigend um 100 M. bis zu 3600 M. Dem Vorsitzenden wurden Repräsentations- und dem Kassierer Mantelgelber bewilligt. Das Anfangsgehalt der Gauleiter und Ortsangestellten beträgt 2400 M., steigend jährlich um 100 M. bis zu 3300 M. Das Anfangsgehalt der Hilfsarbeiter beträgt 2000 M., steigend jährlich um 75 M. bis 2600 M.

Die nächste Generalversammlung findet in Magdeburg statt.

## Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juli hat sich wiederum verschlechtert, sowohl gegen den Vormonat als auch gegen das Vorjahr. Das Reichsarbeitsblatt konstatiert ebenfalls „fast durchweg einen weiteren Niedergang“. Die Berichte der Industrie lauten dagegen nicht so ungünstig. Nur

Auch in Magdeburg haben wir zwei solcher Genossenschaften, wovon der Magdeburger Spar- und Bauverein bisher 951 Wohnungen erbaute, während der Magdeburger Mieter-Spar- und Bauverein, eine ausschließlich von Arbeitern gegründete und verwaltete Genossenschaft 316 Wohnungen für seine Mitglieder errichtet hat.

Die bedeutendste der auf dem Boden des gemeinsamen Eigentums stehenden Baugenossenschaften dürfte aber der Berliner Spar- und Bauverein sein. Er wurde im Jahre 1892 gegründet und zählt jetzt 5653 Mitglieder, die fast alle den arbeitenden Klassen angehören. Der Verein hat bisher 1433 Wohnungen in verschiedenen Häusergruppen, deren Wert sich auf 10 Millionen Mark beläuft, errichtet. Jedes Mitglied hat einen Geschäftsanteil von 300 M. in Wochenbeiträgen zu 30 Pf. einzuzahlen. Diese Einzahlungen werden mit vier Prozent verzinst und beim Auscheiden des Mitgliedes wieder herausgezahlt. Die Häuser bleiben dauernd im Besitz der Genossenschaft und der Mieter ist Eigentümer seiner Wohnung, er kann seitens der Genossenschaft nicht gesteuert und nicht gekündigt werden, dagegen steht dem Mieter jeberzeit das Kündigungsrecht zu. Die Bauweise ist die der Etagenhäuser, wobei nur die Hälfte der Bebauungs-Grundfläche zur Bebauung kommt, Hinterhäuser werden vermieden. Die Höfe sowie die Zwischenräume der Häuser sind mit Gartenanlagen versehen, sodas die Bewohner statt auf das Straßenpflaster, auf Rasen und Sträucher herabzublicken. Die Wohnungen sind gut gebaut und den gesundheitlichen Anforderungen entsprechend ausgestattet. In sämtlichen Anstalten sind Kinderspielfläche mit Turngeräten

im Textil-, Holz- und Baugewerbe wird über einen unverändert schlechten Geschäftsgang geklagt. Die Papierindustrie leidet durch den billigen ausländischen Wettbewerb. Auch die Fabriken für Zeitungsdrukpapier waren ungenügend beschäftigt. In den Drudereien Leipzigs war die Beschäftigung sehr schwach und bedeutend schlechter als im Vormonat und Vorjahr. Das Ueberangebot von Arbeitskräften hat im abgelaufenen Monat eine außergewöhnliche Höhe erreicht. Allerdings wurde noch in einigen Betrieben mit Ueberstunden gearbeitet. Die Buchdruckereien Süddeutschlands bezeichnen die Beschäftigung der Jahreszeit entsprechend als befriedigend, doch fand wie in jedem Sommer gegen den Vormonat eine Verschlechterung statt. In den norddeutschen Drudereien war das Geschäft noch ruhiger als im Vormonate, da im Juli die stillste Zeit des ganzen Jahres ist. Die Zahl der Beschäftigten hat sich gegenüber dem Vormonat ungewöhnlich stark vermehrt und weist noch eine, wenn auch kleine, Erhöhung gegen den Vormonat auf.

Bei den sieben Verbänden im polygraphischen Gewerbe mit insgesamt 106 881 Organisierten waren von 100 Mitgliedern im Berichtsmontat 5, im Juli 1912 5,2 arbeitslos. Unser Verband steht unter den freien Gewerkschaften noch am günstigsten da. Von 100 Mitgliedern waren 2,5 ohne Beschäftigung. Bei den Buchdruckern stellt sich die entsprechende Zahl auf 6,1, im Senefelder-Bund auf 4,3 und bei den Buchbindern, die bei den oben angeführten sieben Verbänden nicht mit eingerechnet wurden, auf 3,5. Gegen das Vorjahr hat die Arbeitslosigkeit bei uns allerdings zugenommen. Im Juli 1912 berechneten wir auf 100 Mitglieder 1,9 Arbeitslose. Im Berichtsmontat zählte unser Verband 15 687 Mitglieder.

Ueber die Arbeitslosigkeit berichteten für den Monat Juli 45 Fachverbände mit 1 998 044 Mitgliedern. Von diesen waren am Ende des Monats 2,9 v. H. arbeitslos. Ende Juni betrug die Arbeitslosenzahl 2,7 v. H. und Ende Juli 1912: 1,8 v. H. Es ist also gegenüber dem Vormonate, besonders aber gegenüber dem Vorjahr eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit eingetreten.

Einen Beleg für den Niedergang des allgemeinen Beschäftigungsgrades bieten auch die Beschäftigtenlisten der an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen. Deren Mitgliederzahl war am 1. August um insgesamt 41 756 Personen niedriger als am 1. Juli. Diese Abnahme setzt sich zusammen aus einer Minderung von 31 294 männlichen und 10 462 weiblichen Personen. Bei dem außerordentlich umfangreichen Niedergang von männlichen Krankenkassenmitgliedern ist zu berücksichtigen, daß in den Berichtsmontat der Arbeiterfreie bei einer großen Anzahl von

auf den parkähnlichen Höfen vorgehen. Jeder Mieter kann seine Kinder kostenlos in die vom Verein eingerichteten Kindergärten schicken, wofür sie am Spiel und Handfertigkeitsunterricht teilnehmen können.

Betrachten wir uns nun die drei der hier geschilderten Arten von Wohnungsbeschaffung für die Arbeiter, so wird man zugeben müssen, daß die auf dem Boden des gemeinsamen Eigentums stehenden Baugenossenschaften die glücklichste Lösung in der Beschaffung von Arbeiterwohnungen gefunden haben. Die Mitgliedschaft kann leicht erworben und leicht aufgegeben werden, das eingezahlte Anteilkapital geht nicht verloren. Die Bewegungsmöglichkeit wird nicht gehindert, wie es bei einem Erwerbshause der Fall ist, und der trasse Fall, der dann eintritt, wenn der in einer Werkwohnung hausende Arbeiter seine Arbeit verliert und zugleich wohnungslos wird, ist hier ebenfalls vermieden, und die rein demokratische Verwaltung in den Baugenossenschaften sorgt dafür, daß die Genossenschaftsbauten niemals Spekulationsobjekt werden können. Trotz aller Anfeindungen und Schwierigkeiten, die gerade die auf dem Boden des gemeinsamen Eigentums stehenden Baugenossenschaften zu überwinden haben, treten sie immer mehr in die Erscheinung. Der Gedanke der genossenschaftlichen Wohnungsbeschaffung hat das Interesse immer weiterer Kreise erweckt und unbekümmert um Reid oder Unverständnis geben sie ihren Weg; ihnen gehört die Zukunft, weil sie auf der gesunden Grundlage der Selbsthilfe gegen den Wohnungswucher errichtet sind.

Werften der Ost- und Nordsee fiel. Die Abnahme entfällt in der Hauptsache auf die Orts- und Betriebskrankentassen. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand vom 1. Januar 1913 gleich 100 setzt, bei dem männlichen Geschlecht gegen den Vormonat von 104 auf 103, beim weiblichen dagegen von 100 auf 99 gesunken und bleibt mit diesen Ziffern erheblich hinter den entsprechenden Ziffern des gleichenden Monats des Vorjahres (107 bzw. 101) zurück.

Unsere Berufscollegen in den baltischen Provinzen, deren Organisation, wie wir berichteten, von der Behörde aufgelöst wurde, können sich wieder organisieren. Die Livländische Gouvernements-Behörde hat die Statuten des neuen Verbandes genehmigt. Er nennt sich jetzt „Professioneller Verein der Arbeiter der Druck-Industrie“. Nach genau neunmonatlicher Unterbrechung haben die Angehörigen des großrussischen Gewerbes in den russischen Ostseeprovinzen wieder eine Organisation aufzuweisen.

Gewerkschaftsangeklagter und § 193 des Strafgesetzbuchs. Vor der Essener dritten Ferienstrafkammer hatte sich der Angestellte des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Bochum, Genosse Kimmritz, wegen öffentlicher Beleidigung der Essener Polizei zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einem von Kimmritz verfaßten und verantwortlichen gezeichneten Flugblatt an die Chauffeure, sowie in einem Vortrage erblüht, den Kimmritz in einer öffentlichen Chauffeurversammlung gehalten hatte. In dem Flugblatt sowie in seinem Vortrage soll der Angeklagte der Polizei den Vorwurf der schändlichen Behandlung der Chauffeure gemacht haben. Hierdurch fühlte sich die Essener Polizei beleidigt und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M., event. 2 Tage Gefängnis. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil der Angeklagte die Essener Polizei weder in seinem Flugblatt noch in seinem Vortrage genannt habe, im übrigen hätte der Angeklagte als Angestellter seines Verbandes die Interessen der Mitglieder vertreten, er hätte deshalb in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Keine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationale. Australien. Die Regierung West-Australiens beabsichtigt, eine allgemeine staatliche Unfall- und Krankenversicherung einzuführen. Auf ihre Einladung fand eine vorbereitende Konferenz der besonders interessierten Unternehmer- und Arbeiter-Organisationen mit Regierungsvertretern statt.

Italien. Durch ein besonderes Gesetz wurde die Arbeitsinspektion durch die Einführung eines Gewerbe-Aufsichtsdienstes zur Überwachung der Durchführung aller Arbeiterchutzgesetze erweitert. Zunächst ist ein besonderes Personal von 77 Beamten für diesen Zweck vorgesehen.

Spanien. Mitte Mai dieses Jahres hielt der spanische Lithographenverband seinen zweiten Verbandstag ab. Es wurde ein neues Statut angenommen, das als Hauptziele des Verbandes die Erringung des Achtstundentages und die Einführung eines möglichst für das ganze Land gleichartigen Tarifs durch den Abschluß von Kollektivverträgen mit den Arbeitgebern vorsieht. Das revidierte Statut bestimmt ferner, daß Streiks ohne die Zustimmung des Zentralvorstandes nicht erklärt werden dürfen, es sei denn in besonders dringenden Fällen, wo die Ortsgruppe sich in der Defensive befindet, oder die Ehre der Organisation auf dem Spiele steht und eine rechtzeitige Verständigung mit dem Zentralvorstande unmöglich ist. Streikunterstützung soll hinfort, jedoch zunächst nur probeweise, von der Zentralkasse gewährt werden. Die Mitgliedsbeiträge wurden erhöht. Zum Sitz des Zentralverbandes wurde Barcelona bestimmt. — Im Jahre 1911 wurden in Spanien 118 Streiks mit 22 154 Beteiligten berichtet gegen 151 Streiks mit 35 897 Beteiligten im Vorjahre.

Vereinigte Staaten. Der Bundes-senat stimmte dem Achtstundentaggesetz für alle in Industrie, Handel und Transport beschäftigten weiblichen Personen zu. Mädchen unter achtzehn Jahren dürfen zwischen 6 Uhr abends und 7 Uhr morgens nicht beschäftigt werden. — Die Fabrikantenvereinigung des Staates Illinois beschloß, die Einführung von Sicherheitsvorrichtungen an Maschinen zu propagieren. Als wichtiges und durchschlagendes Argument hierfür wurde die dadurch zu erzielende Ersparnis an Unfallversicherungsgebühren hervorgehoben. — Nach den Berichten des Arbeitsamtes nahmen die

Gewerkschaften des Staates New York im letzten Winterhalbjahre von 526 672 auf 638 818 Mitglieder zu. An den 44 Streiks im ersten Quartale dieses Jahres waren 80 142 Arbeiter mit rund fünf Millionen verlorenen Arbeitstagen beteiligt. 10 Streiks endeten mit vollem, 15 mit teilweisem Erfolge und 16 mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit in den berichteten Gewerkschaften (578 000 Mitglieder) betrug am Schluß des Monats März 15,9 Prozent. — Das arbeitsstatistische Amt des Staates Colorado weist in offiziellen Berichten nach, daß in den letzten zehn Jahren die Kosten des Lebensunterhaltes durchschnittlich um 60 Prozent gestiegen sind, während in vielen unorganisierten Berufen keinerlei Lohnerhöhungen eingetreten sind. Nur den bestorganisierten Gewerben gelang es, wenn auch nur annähernd, einen gewissen Ausgleich durch Lohnerhöhungen herbeizuführen.

Unterdrückung der Arbeiterpresse in Rußland. Seit 1912 erschienen in Petersburg zwei russische Arbeiter-Tageblätter: „Pravda“ und „Lutich“, von welchen die erste den linken Flügel der russischen Sozialdemokratie repräsentiert, während „Lutich“ die reformistische Richtung vertrat. Am 5. Juli d. J. hat der Petersburger Gerichtshof beide Zeitungen verboten, weil sie angeblich „systematisch die gesetzlich festgelegten Schranken übertreten, scharf ausgedrückten parteiischen Charakter haben und somit auf die Volksmasse einen verderblichen Einfluß ausüben“. Mit welchen Schwierigkeiten diese Arbeiterblätter während ihrer Existenz zu kämpfen hatten, läßt sich aus folgenden Zahlen ersehen. Die „Pravda“ begann am 22. April 1912 zu erscheinen. Ungefähr ihres Jahrespublikums konnte sie ihren Lesern mitteilen, daß sie 41 mal konfisziert und der Redakteur mit insgesamt 7000 Rubel oder 47 Monaten Arrest bestraft worden sei; außerdem wurde der Redakteur dreimal zu je drei Monaten Arrest verurteilt. Somit sind die im ganzen erschienenen 356 Nummern mit 56 Monaten Gefängnis bestraft worden. Die „Lutich“ erschien seit dem 16. September 1912 und in ihrer hundertsten Nummer teilte sie mit, daß von 99 Nummern 33 konfisziert und der Redakteur fünfmal mit 220 Rubel oder 17 Monaten Arrest bestraft worden sei. In diesen Zahlen sind die Konfiskationen in den letzten Monaten, die fast jede Nummer trafen, nicht einbezogen. Mit welchem Eifer diese Konfiskationen betrieben worden sind, ersehen wir daraus, daß der Gerichtshof 16 konfiszierte Nummern wieder freigegeben hat. Diese Erdrosselung der Arbeiterpresse hat sogar in der bürgerlichen Presse Entrüstung hervorgerufen. Die bürgerlichen Zeitungen weisen ganz richtig darauf hin, daß es zwecklos sei, die legale Arbeiterpresse zu unterdrücken, denn im Falle des Fehlens der legalen Mächtigkeit werden die Arbeiter ihre Ideale, politischen Forderungen und Bestrebungen, durch illegale Organe verfolgen. Die Arbeiterklasse nicht auszurotten sei, so sei auch die Arbeiterpresse nicht auszurotten.

Die Schließung der beiden Blätter erscheint um so drastischer, als der Senat von vornherein die Herausgabe von sozialdemokratischen Zeitschriften nicht verboten hat, weshalb die Motivierung, daß sie „scharf ausgedrückten parteiischen Charakter“ angenommen haben, vollständig sinnlos ist. Und was den „verderblichen Einfluß auf die Volksmasse“ anbelangt, so sind die Programmlätter der „schwarzen Hundert“ mit ihrer Aufstachelung des Nationalitätenhasses erst recht schädlich. Daß diese Rücksichtslosigkeit der Regierung die Arbeiterbewegung mit ihren Folgeerscheinungen nicht aufhalten kann, beweist schon die Tatsache, daß statt der geschlossenen Blätter schon zwei neue Arbeiter-Tageblätter: „Schibaja Schisn“ und „Nabotschaja Pravda“ erschienen sind. „Und sie bewegt sich doch!“ — Die Nummern 2 und 3 der „Nabotschaja Pravda“ und Nummer 5 der „Schibaja Schisn“ sind indessen schon wieder konfisziert worden.

Berichtigung. In dem Aufruf der Generalkommission „Gibt acht auf die Krankentassen-Wahlen“ — veröffentlicht in Nr. 33 unserer Zeitung — ist gesagt worden, daß Ausländer nicht wahlberechtigt seien. Das ist ein Irrtum. Soweit Ausländer Mitglieder der Krankentassen sind oder Krankentassenmitglieder vom 1. Januar 1914 ab sein würden, sind sie nach § 333 der Reichsversicherungsordnung wahlberechtigt. Sie können nur nicht nach §§ 12 und 47 in die Organe der Versicherersträger und in die Versicherungsbehörden gewählt werden.

Die Generalkommission.  
E. Legien.

## Eingegangene Druckschriften.

Thomas Volksschüler. Herausgeber Dr. Baft. Schmid, Verlag Theod. Thomas, Leipzig, Königstraße 3. Seit kurzem erscheint eine Sammlung von recht hübsch ausgestatteten Bändchen unter vorliegendem Titel, die wir wegen ihres gezielten Inhalts und billigen Preises unseren Mitgliedern angelegentlich zur Anschaffung empfehlen möchten. Die verschiedensten Gebiete der Naturwissenschaft und Technik werden hier in leicht verständlicher Weise hauptsächlich von erfahrenen Pädagogen, von Lehrern aller Schulstufen behandelt — Menschen-, Tier- und Pflanzenkunde, Geschichte der Erde, Astronomie, Physik und Chemie, Gesundheitslehre, Handwert, Technik, Verkehrswesen usw. Was die Bändchen in erster Linie auszeichnet: sie sind aus der Praxis für die Praxis geschrieben, sie geben von Erscheinungen des täglichen Lebens aus und suchen zum Mit- und Nachdenken, zum Selbstbeobachten überall anzuregen. Bis jetzt sind 87 Nummern erschienen; der Preis einer Nummer beträgt 20 Pf.

## Adressenveränderungen.

### Elberfeld-Barmen.

Vorsitzender: Ernst Löhner, Elberfeld, Ostersbaum 76.  
Kassierer: Karl Leuser, Elberfeld, Robertstraße 8a, „Freie Presse“.

Hamburg. Unsern Mitgliedern geben wir hierdurch die Adressen der Bezirkskassierer bekannt und bitten gleichzeitig, wenn Verzögerung in der Kassierung geschieht, es dem Bureau sofort zu melden. Adressenveränderungen sind uns sofort mitzuteilen. Die hier bezeichneten Kollegen nehmen Aufnahmen für den Verband und auch für die „Volksfürsorge“ entgegen:

Innere Stadt, Bureau, Große Theaterstraße 44 III. Täglich geöffnet.  
Innere Stadt, Ehlers, Friedrich, Balentinskamp 82.  
Innere Stadt, Groth, Carl, Schlachterstraße 50 III.  
Eimsbüttel, St. Pauli, Sellwege, Georg, Altona, Nachtigallenstr. 1 II.  
Eimsbüttel, Schweigel, Otto, Charlottenstraße 10 Hs. 1 II.  
Altona - Dittensen, Ehrlich, Alfons, Ottensen, Hohenstraße 6 I.  
Hamberbrook-Hamm, Reeben, Rudolf, Wendenburgstr. 387 IV.  
Rothenburgsort, Krause, Otto, Süderstraße 260 III.  
Barmbeck, Tisse, Otto, Bogelweide 19 IV.  
Barmbeck, Schaller, Franz, Schumannstraße 60 IV.  
Barmbeck, Wilson, Willi, Stüdenstr. 89 ptr.  
Vorstandsmitglieder, zugleich Kassierer:  
Hamberbrook, Strömer, Karl, Viktoriastraße 20 II.  
St. Georg, Sellge, Karl, Postdörferstr. 15 Hs. 6 I.  
Barmbeck, Baud, Gustav, Geibelstr. 36 Hs. 1 II.  
Barmbeck, Lohse, Fern, Sufnerstr. 101 III.  
Binneberg, Gerdes, Adolf, Moltkestr. 2 I.  
Der Vorstand.

### Karlsruhe.

Vorsitzender: Karl Streicher, Luisenstraße 36 Hof III.  
Kassierer: Wilhelm Kehler, Durlacherstraße 81/83.

## Abrechnungen.

Das zweite Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Gau 3: Freiburg 28.— M.  
Gau 6: Weimar 19.— M.

Die Zahlstellen Götting, Lüdenscheid und Mühlhausen haben trotz erfolgter Mahnung bisher noch nicht abgerechnet.

S. LodaHL.

Un erwartet verschied an Herzschlag unser

langjähriges Mitglied

**Friedrich Müller**

(i. Fa. Rente & Ostermaier)

im Alter von 65 Jahren.

Ghre seinem Andenken!

Die Bahnhalle Dresden.

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 35.

Berlin, den 30. August 1913.

19. Jahrgang.

## Die sächsische Gewerbeinspektion im Jahre 1912.

Der sächsische Gewerbeinspektionsbericht für 1912 ist erschienen und zwar als der letzte. Wenn ein Sprichwort lautet: „Was lange währt, wird gut!“, so kann man das von dem Bericht gerade nicht behaupten. Seit Jahren schon und besonders seit dem bekannten Erlaß des Reichstanzlers lassen diese an Trockenheit nichts zu wünschen übrig. Trotzdem enthalten sie für den tiefer Schürfenden manch Interessantes und liefern — wider Willen vielleicht — wertvolles Material für die Beurteilung der Lage der Arbeiter in Sachsen.

Das Berichtsjahr (1912) war ein Jahr glänzender Konjunktur, wenn auch schon die friegerischen Verwicklungen an verschiedenen Punkten der Erde ihre ungünstigen Wirkungen ankündigten.

Die Entwicklung zum Großbetrieb machte wieder große Fortschritte. Die Zahl der in den Betrieben mit mehr als zehn Arbeitern Beschäftigten stieg von 757 510 im Jahre 1911 auf 806 408 im Jahre 1912. Auf die einzelnen Industrien verteilen sich diese wie folgt:

	Betriebe		Arbeiter	
	1911	1912	1911	1912
Textilindustrie . .	6908	7821	246 089	225 766
Maschinenindustrie	2491	2645	121 208	135 967
Metallverarbeitung	1989	2188	61 570	67 018
Bekleidungsindustr.	—	4490	—	62 796
Steine und Erden .	—	1652	—	57 228
Nahrungsmittel . .	—	6971	—	51 511
Holzindustrie . . .	—	3204	—	49 681
Papierindustrie . .	—	991	—	41 627
Poligraph. Gewerbe	—	1003	—	84 571

Den hervorragendsten Anteil am Wachstum hatte die Metallbranche (Maschinenbau und Verarbeitung von Metallen) mit einer Zunahme von 16 556 erwachsenen männlichen Arbeitern (über 16 Jahre). Der größte Teil weiblicher Arbeiter ist natürlich in der Textilindustrie zu finden, nämlich 131 406 (über 50 Prozent der überhaupt beschäftigten Personen). Noch höher ist der Prozentsatz in der Bekleidungsindustrie, in der er gar 57,5 Prozent erreicht: 36 095 von 62 736 überhaupt Beschäftigten. Auch die meisten Jugendlichen findet man in der Textilindustrie: 69 846. 2830 davon waren noch nicht 14 Jahre. In der Maschinenindustrie waren 12 228, in der Metallverarbeitung 7168, im Bekleidungsgebiete 7110, in der Papierindustrie 3135, in der Holzindustrie 4748, im poligraphischen Gewerbe 3185 Jugendliche beschäftigt.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sind die Urteile der verschiedenen Berichtsjahre verschieden. Allgemein wird flotte Beschäftigung berichtet, mit Ausnahme einiger Gegenden, in denen die Textilindustrie (Strumpfwaren usw.) vorherrscht. Die Löhne haben vielfach eine Steigerung erfahren, aber die herrschende Teuerung hat das wieder wett gemacht. So sagt z. B. der Bericht aus dem Dresdener Bezirk: „Wenn trotz der steigenden Löhne von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung nicht gesprochen werden kann, so hat dies seinen Grund in der erheblichen Preissteigerung verschiedener Lebensmittel, besonders des Fleisches. Deshalb dürften Mehreinnahmen durch die hohen Lebensmittelpreise wieder aufgehoben worden sein und da, wo Lohnerhöhungen nur in geringem Umfange stattfanden, haben sich die Arbeiter, ebenso wie in anderen Bevölkerungskreisen, Einschränkungen auferlegen müssen.“

Der Leipziger Beamte sagt: „Die Erwerbsverhältnisse sind trotz hoher Fleischpreise nicht ungünstig gewesen.“

Im Zwickauer Bezirk waren nach dem Bericht recht zufriedenstellende Erwerbsverhältnisse. Die Arbeitslöhne sollen allgemein gestiegen sein. Aber der Mehrverdienst wurde durch die allgemeine Teuerung der Lebensmittel, besonders des Fleisches, sowie der Wohnungen, wieder ausgeglichen.

Nur in der Lausitz soll sich die Lage der Arbeiter nach dem Bericht des Beamten gehoben haben: Hohe Löhne, starke Beschäftigung und — billige Lebensmittel konstatiert er. Wer die Verhältnisse in der Lausitz kennt, wird sowohl den „hohen Löhnen“ wie den „billigen Lebensmitteln“ mit einer außerordentlichen Steppis gegenübersehen. Allerdings die Fleischteuerung spüren diese Leute nicht, weil sie sich sowieso kein Fleisch kaufen können.

Die Löhne freilich müßten erst — trotz der glänzenden Konjunktur — durch den Druck der Organisationen erhöht werden. In Glanau und Meerane freilich konnten die Unternehmer erst durch die wegen der niedrigen Löhne sehr stark einsetzende Abwanderung der Arbeiter dazu gezwungen werden, da sie allen Forderungen der Arbeiterorganisationen einen zähen Widerstand entgegensetzten.

In der Metallindustrie hat die Organisation der Metallarbeiter mächtige Fortschritte, besonders auch im Erzgebirge und Vogtlande, gemacht. Der Bericht für Zwickau konstatiert eine Erhöhung der Löhne in der Metallindustrie bis teilweise um 36 Prozent. Vielfach wird auch schon von den Unternehmern, um das Menschenmögliche aus den Arbeitern herauszupressen, zu dem vertverfälschten Prämienystem, der Vorbereitung zu dem Taylorsystem, gegriffen.

Die Arbeitszeit ist vielfach noch eine außerordentlich lange, besonders in der außerordentlich große Anforderungen stellenden Großindustrie, in denen Arbeitszeiten von den Beamten von 12 und in einzelnen Fällen selbst 13 Stunden festgesetzt werden. Was an Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden ist, haben die Arbeiter, wie die Beamten konstatieren, nur ihren Gewerkschaftsorganisationen zu verdanken.

Außerordentlich entgegenkommend waren die unteren Verwaltungsbehörden in der Erteilung von Erlaubnis zur längeren Beschäftigung von Frauen über 10 Stunden.

In den Berichten wird auch erwähnt, daß einzelne Unternehmer in ihren gemischten Betrieben auch die Arbeitszeit der männlichen erwachsenen Arbeiter auf 10 Stunden ermäßigten, weil ja die Frauen nicht länger arbeiten durften.

Allerdings werden aus Annaberg in einzelnen Betrieben 15 bis 17 Stunden tägliche Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter berichtet.

Wie leichtfertig oft die Unternehmer mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter umspringen, dafür bietet der Bericht eine ganze Reihe von trassen Beispielen. Besonders in der Großisenindustrie sind die Arbeiter außerordentlich stark gefährdet. Im Dresdener Bezirk stieg die Unfallziffer in dieser Industrie von 25,05 Prozent im Jahre 1911 auf 27,05 Prozent 1912. Auf 3692 Arbeiter, die in der Großisenindustrie beschäftigt wurden, kommen 1014 Unfälle.

Aber was schert das die Unternehmer. Arbeiterleben sind billig. Außerordentlich groß ist wegen der Frivolität der Unternehmer die Zahl der von den Aufsichtsbeamten gemachten Anstände und Anordnungen.

In einer Bautzener Waggonfabrik passierten um deswillen so viel Unfälle (1471 im Jahre 1912), weil an den Holzbearbeitungsmaschinen ungelehrte Arbeiter beschäftigt wurden. Vielfach werden, wie ein anderer Beamte konstatiert, jugendliche Ar-

beiter an den so gefährlichen Maschinen beschäftigt.

Die Zahl der Unfälle insgesamt betrug 22 839, davon waren 124 tödlich. Es mußten insgesamt 13 830 Anordnungen zur Verhütung von Unfällen getroffen werden.

Von den schrecklichen Todesarten, die die moderne Industrie mit ihren komplizierten Maschinen über die Arbeitsbienen verhängt, geben folgende Fälle ein grausiges Bild: In einer Spinnerei wurde ein Andreeher zwischen Wagen und Gestell eines Seltfaktors erdrückt. In einer Getreidemühle versank ein jugendlicher Arbeiter beim Freimachen eines verstopften Sammelbehälters einer Schälmaschine in den darin befindlichen Schalen und erstikte. Von einer Schleudermaschine wurde ein Arbeiter gegen eine Säule geschleudert, daß er starb. Ein Arbeiter an einer Pappemaschine wurde in den Filz hineingezogen und erdrückt. In einem Walzwerk wurde ein Arbeiter von einem glühenden Eisenstab durchstoßen und getötet. Ein 15 jähriger Lehrling wurde in einer Brauerei vom Wender auf der Darre erdrückt.

Die Gesundheitschädigungen sind noch schlimmer, weil sie unendlich viele, fast alle Arbeiter betreffen. Nur sehr schwer sind die Unternehmern zu bewegen, etwas zu tun. Die Weiserkrankungen, klagt ein Beamte, nehmen eher zu wie ab, die Lungentuberkulose erfordert viele Opfer.

Der Zwickauer Beamte konstatiert, daß die Hygieneausstellung in Dresden bei der Anbringung von Staubsaugvorrichtungen vorbildlich gewirkt hätte. Trotzdem müßten oft die selbstverständlichen Dinge angeordnet werden.

Außerordentlich gesündigt wird an dem weiblichen Geschlecht. Sie müßten oft Arbeiten verrichten, die aufs allerhöchste ihre Gesundheit und event. die der zukünftigen Generation bedrohen.

So wurden in mehreren Bezirken des Erzgebirges Arbeiterinnen an den so gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt. In einer Papierwarenfabrik mußte dem Betriebsinhaber erst durch den Aufsichtsbeamten die Beschäftigung einer schwächeren Frau an einer Seilmaschine mit Fußbetrieb untersagt werden. 15—16 jährige Mädchen wurden gleichfalls an solchen Maschinen beschäftigt. Der revidierende Beamte veranlaßte, daß eine Einschränkung der Beschäftigung von Frauen und Mädchen an solchen Maschinen insofern herbeigeführt wurde, daß nur gesunde Personen und zwar nicht dauernd beschäftigt werden dürfen. Die „menschenfreundlichen“ Fabrikanten legten hiergegen noch Refus ein, fielen aber damit ab.

Die Kinderarbeit ist der Fluch unserer angeblich so herrlichen Gesellschaftsordnung. Die Unternehmer tun so, als ob ohne sie die Industrie zugrunde gehen müßte. Besonders in der Heimindustrie ist sie gang und gäbe. Die Familienlöhne, die dort bezahlt werden, drängen die Eltern dazu, ihre Kinder mit einzuspinnen.

Die Durchführung des Kinderschutzes ist in Sachsen den Gewerbeaufsichtsbeamtinnen übertragen, die im Jahre 1912 5596 Betriebe mit zusammen 4368 eigenen und 2027 fremden Kindern kontrollierten. Sie ermittelten dabei 1905 Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen und führten 78 Bestrafungen herbei. Sie haben den Hauptwert bei den Eltern auf die Belehrung gelegt. Die meisten Eltern dränge die Not zur Uebertretung. Sie erwiderten auf die Vorhaltungen: „Wir würden die Kinder sehr gerne nicht mitarbeiten lassen, wenn wir nur so viel verdienen, daß es nicht nötig wäre.“ Dabei kennen die Eltern die gute Absicht des Kinderschutzes und die Gefahren, die durch übermäßige Beschäftigung für die Kinder entstehen, aber die

wirtschaftliche Not zwingt die Eltern, ihre Kinder zum Mitverdienen anzuhalten. So berichten die Beamtinnen. Das klingt etwas anders wie die Reden der Unternehmervertreter über den „Segen der Kinderarbeit“. So lange freilich nicht die Seimarbeit verboten ist, so lange wird es kaum gelingen, die Kinderarbeit einzuschränken oder ganz zu beseitigen.

Damit haben wir aus dem Bericht doch eine ganze Menge herausgezogen, das eine grelle Beleuchtung der heutigen Produktionsweise liefert und zeigt, wie berechtigt der Kampf der Arbeiterklasse um mehr Luft, Licht und Sonne auch für die Arbeiter ist. Ganz deutlich sind die Schäden der übermäßig langen Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit, der niedrigen Löhne und teuren Lebensmittel, die Gefahren der Arbeit und die Gleichgültigkeit der Unternehmer auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes angezeigt. Man muß nur die starren Zahlen lebendig machen. Da enthillen sie manches.

## Korrespondenzen.

**Dresden.** Mitglieder-Versammlung am 19. August. Der Vorsitzende gedachte in pietätvoller Weise des schweren Verlustes, den die deutsche Arbeiterchaft durch den Tod ihres Seniors und Vorkämpfers August Bebel erlitten hat. Sodann referierte Kollege Barthel über die „Volksfürsorge-Versicherung“. In 1/4 stündigen Ausführungen schilderte der Redner die ganze Materie und Weisheit dieser neuen Versicherung in eingehender, instruktiver Weise. Mit einem Appell an die Anwesenden, sich zahlreich an der Volksfürsorge-Versicherung zu beteiligen und die gebotenen Chancen im eigenen Interesse beizeiten wahrzunehmen, schloß der Referent unter allgemeinem Beifall. Den Quartalsbericht erstattete Kollege F. Herrmann und hob hervor, daß sich dieses Mal das Ergebnis etwas günstiger gestaltet habe. Nur sei es zu beklagen, daß trotz intensiver Agitationsarbeit der Mitgliederbestand fortbauern stagniere, weshalb er darum bitten müsse, daß alle sich im Dienst für unsere Sache betätigen möchten, damit endlich die längst ersehnten 1000 Mitglieder erreicht würden. Die Einnahmen des zweiten Quartals bezifferten sich an Eintrittsgeld auf 22,50 Mk., an Beiträgen auf 3570,40 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Quartals 948. Davon waren beschäftigt im Buchdruck: 175 männliche und 238 weibliche, gleich 413 oder 43,56 Prozent; im Steindruck: 135 männliche und 374 weibliche, gleich 509 oder 53,69 Prozent; im Lichtdruck: 8 männliche und 18 weibliche, gleich 26 oder 2,74 Prozent. Dabei ist das männliche Geschlecht mit 318 Personen oder 33,54 Prozent und das weibliche Geschlecht mit 630 Personen oder 66,45 Prozent vertreten. An die Hauptklasse sind 1352,75 Mk. überwiesen worden. Die Ausgaben stellten sich wie folgt: für Arbeitslosen-Unterstützung 839,80 Mk., für Kranken-Unterstützung 473,05 Mk., für Wöchnerinnen-Unterstützung 100,— Mk., für Streit-Unterstützung 9,33 Mk. Von den Einnahmen an Beitragsmarken 3570,40 Mk. entfallen auf die Arbeitslosen-Unterstützung 22,54 Prozent, auf die Kranken-Unterstützung 13,24 Prozent, demnach auf beide Unterstüzungen zusammen 35,79 Prozent. Arbeitslos waren 14 männliche Mitglieder 335 Tage und 16 weibliche Mitglieder 223 Tage mit Unterstützung und 12 männliche Mitglieder 180 Tage und 25 weibliche Mitglieder 163 Tage ohne Unterstützung; außerdem erhielten 3 Kollegen 19 Tage Reise-Unterstützung. Krank waren 16 männliche Mitglieder 246 Tage und 36 weibliche Mitglieder 621 Tage mit Unterstützung und 3 männliche Mitglieder 89 Tage und 15 weibliche Mitglieder 260 Tage ohne Unterstützung. Die nichtunterstützten Mitglieder waren ausgeheuert oder noch nicht bezugsberechtigt. Die Versammlungs- und Agitationsstätigkeit war eine regere, es haben stattgefunden im Quartal: 2 Mitglieder-Versammlungen, 2 Vorstandssitzungen, 1 Vertrauensleute-Sitzung und 21 Druckeri-Versprechungen. Letztere waren von 208 weiblichen und 136 männlichen, gleich 344 Personen besucht. Kollege Thüraß als Revisor beantragte die Entlassung des Kassierers, welche einstimmig erfolgte. Der Vorsitzende besprach unter „Verschiedenes“ die gegenwärtig stattfindende Kontrolle der Mitgliedsbücher und alsdann das Nähere über Sammeln und Fahrgelegenheit für die nächste Sonntagsparte. (Eingeg. 25. 8.)

**Gautag der Gaue IV und IV a.** Im Gewerkschaftshaus zu München tagten am Freitag, den 15. August, die Vertreter der obigen Gaue.

Kollege Schmid eröffnete unter Ehrung des verstorbenen Vorkämpfers der Arbeiter, Genossen August Bebel, die Verhandlungen. Die Präzisenliste ergab, daß die Orte Nürnberg a. M., München, Augsburg, Regensburg, Kaufbeuren, Kempten und Schwabach durch Delegierte vertreten waren. Seitens des Hauptverbandes war Kollege Bucher, als Vertreter der Steinbruder Kollege Wafemann (Schwabach) und Kollege Schumann (München) antwortend. Der Buchbinderverband wurde durch den Gauleiter Kollegen Knust (München) vertreten. Nach genehmigter Tagesordnung verlas Kollege Daqner (Nürnberg) das Protokoll des letzten Gantages, welches angenommen wurde. Kollegin Buerler (München) erstattete Bericht über den Stand der Gauklasse, der eine Einnahme von 685,12 Mk. aufwies, demgegenüber die Ausgaben 192,40 Mk. betragen, so daß ein Bestand von 492,72 Mk. vorhanden ist. Kollege Reckling (Nürnberg) gab nun Bericht über die im verfloßenen Jahre erfolgte Agitation im Gau IV a. Infolge schlechter Konjunktur war der Zuwachs gering. Besonders ungünstig sind die Verhältnisse in Schwabach. In Bayreuth sind wir auf Jahre zurückgeschlagen. In Ansbach eine neue Zahlstelle zu gründen, ist noch nicht möglich. In Nürnberg können wir zufrieden sein, wir hoffen auch weiter vorwärts zu kommen. Wir haben hier ziemlich hohe Lohnsätze zu verzeichnen. Den Arbeitsnachweis haben wir nicht so in Händen wie z. B. München. Gegenwärtig haben wir in Bayern die Schaffung von Arbeitslosen-Unterstützungen durch die Gemeinden. Diesen Bestrebungen müssen wir unsere Aufmerksamkeit widmen. Wir bringen die weiblichen Mitglieder eher unter als die männlichen. Die Technik im Steinbruch ist besser geworden, aber das gelernte Personal ist arbeitslos. Im Buchdruck ist unser Personal schon durch die Gehilfen beeinflusst. In Würzburg wären 200 zu organisieren. Wir hatten dort schon 30 bis 40 Leute gewonnen, aber auch ebenso schnell wieder verloren. Der dortige Leiter ist viel zu sehr anderweitig in Anspruch genommen, um unsere Interessen voll und ganz vertreten zu können. Zu begründen wäre es, wenn einmal ein Zusammenschluß mit den Gelehrten möglich wäre. Kollege Schmid berichtet über den Gau IV, daß trotz der ungünstigen Zeit die Erfolge nennenswerte waren. Auch in Landsbut wird es wieder vorwärts gehen, sobald die abgebrannte Fabrik neu aufgebaut ist. In Augsburg gelang es uns teilweise, die Arbeitszeit auf 52 Stunden zu verkürzen und hoffen dort noch auf weitere Erfolge. Auch in Kaufbeuren und Kempten hatte die Agitation Erfolge. Schlimmer ist die Lage in Regensburg und besonders in Schwabach. Doch steht auch hier wieder Besserung in Aussicht. In München galt es zunächst die fluktierenden wieder der Organisation zuzuführen. Der künftige Tarifabschluß im Steinbruch zwingt uns schon jetzt, die geeigneten Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Im ganzen können wir sowohl als auch unsere Mitglieder mit dem Gau IV zufrieden sein. Zu dem Ergänzungsbericht der einzelnen Zahlstellen lagte die Mehrzahl der Vertreter über die gegenwärtige schlechte Konjunktur. Auch die Unterstützung seitens der Buchdrucker läßt in manchen Orten zu wünschen übrig. Während in Kempten eine Firma gewonnen wurde, ging es in Schwabach infolge der dortigen Krise (es wurde dort seit den letzten fünf Wochen nur fünf bezw. vier Tage in der Woche gearbeitet) merklich zurück. Zum Glück besteht Hoffnung auf baldige Besserung. In Kaufbeuren ist die Agitation sehr gut, so daß für die Christlichen nichts mehr übrigbleibt. Auch gelang es dort für verschiedene Mitglieder einen Urlaub von zwei Tagen herauszuholen. Betreffs der vom Kollegen Schmid angechnittenen Industrie-Verbandsfrage stellten sich fast alle Anwesenden auf den Standpunkt, daß ein solcher früher oder später geschaffen werden soll, da eine Sparte auf die andere angewiesen sei. Zum mindesten sollen bis dahin inwischen Kartelle gegründet werden. Nachdem noch Kempten als nächster Gantagsort genehmigt wurde, schloß der Vorsitzende Schmid mit einem dreifachen Hoch auf den Verband den diesjährigen Gantag.

**Stuttgart.** In der am 18. August stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte unsere Verbandsvorsitzende, Kollegin Thiede Berlin, über die tarifliche Lage im Gewerbe. Die Rednerin schilderte die Ursachen, die zum ersten Tarifabschluß führten, schilderte die tarifliche Entwicklung der ersten fünf Jahre und die dabei gemachten Erfahrungen. Die Abschlüsse in der Zeit von 1906 bis 1911 zeigten, daß die Kollegenchaft gewiß war, tariflich geregelte Verhältnisse zu schaffen und die Erfahrung hat gelehrt, daß in

unseren Reihen auch tarifliches Verständnis zu finden ist. In einigen Städten konnte allerdings die bei den Abschlüssen vorhandene Mitgliederzahl nicht gehalten werden, was teilweise durch die Fluktuation im Gewerbe, aber auch durch die Bewegung im Steinbrudgewerbe zu erklären ist; immerhin aber muß auf die Gewinnung neuer Mitglieder die Hauptarbeit verwandt werden, denn ein guter geschulter Mitgliederstamm ist die Hauptbedingung für fernere günstige Abschlüsse. Die Rednerin schilderte dann, wie die Tarifstreudigkeit einer Prinzipalsgruppe schwindet und wie diese alles daran setzen, weitere Kreise als Tarifgegner zu gewinnen. Die Verhandlungen und Beschlüsse der Prinzipalsversammlungen in Breslau und Weß wurden hervorgehoben; auch schilderte die Rednerin die Wirkung, die das Gutachten der Dresdener Gewerbetammer an das sächsische Ministerium über die Erfahrungen mit der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe hervorgerufen hat. Alle diese Erscheinungen beweisen deutlich, daß die Scharfmacher im Gewerbe befürchten, durch weiteres Ausbauen der Tarifgemeinschaft den Standpunkt des „Herrn im Hause“ nicht ganz aufrechterhalten zu können, sie fürchten die Macht der organisierten Arbeiter, die in wirtschaftlich ruhigen Zeiten ihre Organisation ausbauen können, und wollen weder Arbeit noch Kosten scheuen, die Organisationen im graphischen Gewerbe zu schädigen und wenn es gelingen könnte, zu zertrümmern. Die Erfahrungen, die unsere Organisationsvertreter bei der diesmaligen Durchführung der Abschlüsse gemacht haben, beweisen uns, wie es gemacht werden soll. Die Kollegin Thiede schilderte die Erfahrungen bei den Abschlüssen in Frankfurt a. M., Darmstadt, Cassel und Karlsruhe und forderte die Kollegenchaft auf, durch fleißige Mitarbeit in der Agitation die Reihen zu stärken, denn das ist die Vorbedingung für die weitere Ausbreitung der Tarifgemeinschaft. Nach einem Appell des Kollegen Werner an die Kollegenchaft fand die gut besuchte stimmungsvolle Versammlung ihren Schluß. (Eingeg. 22. 8.)

**Wiesbaden.** In einer am 18. August stattgefundenen stark besuchten Versammlung der Buchdruckeri-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen wurde beschlossen, der Prinzipalsvereinigung in Wiesbaden die Forderungen zu einem Tarifvertrag zu übermitteln. Der Gauleiter, Kollege Raß aus Frankfurt a. M., führte in seinem Referat aus, daß bereits seit dem Jahre 1907 eine große Anzahl Städte vorhanden seien, die schon zum zweiten Male einen Tarifabschluß für das Buchdruckeri-Hilfspersonal zu verzeichnen hätten. Es wäre deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß die Wiesbadener Kollegenchaft nunmehr gewillt sei, einen Tarifabschluß herbeizuführen. Er glaube sicher damit rechnen zu dürfen, daß die Prinzipalsvereinigung in Wiesbaden auch ein Interesse daran habe, geordnete Verhältnisse zu schaffen. Die aufgenommene Statistik lasse dies wenigstens erkennen. Ein Teil der Wiesbadener Druckeri-besitzer bezahle für die Einlegerinnen pro Woche 12, 13 und 14 Mk., während ein anderer Teil pro Woche 7, 8 und 9 Mk. bezahle. Für männliches Personal bezahlen erstere pro Woche 23, 24 bis zu 28 Mk., während der letztere Teil pro Woche für dieselben Arbeitsleistungen nur 16 und 17 Mk. bezahle. So gut aber, wie in den bisherigen Tariforten die Prinzipalsvereinigungen sich mit dem Hilfspersonal geeinigt und mit demselben einen Tarifvertrag abgeschlossen hätten, so gut sei es auch der Prinzipalsvereinigung in Wiesbaden möglich. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, dann würde die Kollegenchaft in Wiesbaden auch vor einem Kampfe nicht zurückschrecken, um zu tariflichen Rechten zu kommen. Er hoffe aber, daß dies im beiderseitigen Interesse nicht notwendig sein wird. Die Zentrale habe die Bewegung genehmigt. Ebenfalls bringt die Buchdruckerorganisation Wiesbadens der Bewegung die größte Sympathie und Solidarität entgegen. Die Tarifkommission, die bereits in einer früheren Versammlung gewählt wurde, erstattete nunmehr Bericht über den einzureichenden Tarifentwurf. Die Versammelten stimmten diesem Entwurf einstimmig zu und beauftragten die Tarifkommission, diesen Entwurf der Prinzipalsvereinigung noch am gleichen Tage zuzustellen und um eine Rückänderung bis zum 28. August zu ersuchen. Des weiteren wurde beschlossen, am 28. August eine weitere Versammlung abzuhalten, um die Antwort entgegen und dazu Stellung zu nehmen. Den Prinzipalen, die nicht der Vereinigung angehören, wurden ebenfalls die Forderungen zugefleht und auch zum selben Zeitpunkt die Rückantworten erbeten.